



KANTON
NIDWALDEN

LANDRAT

KOMMISSION FÜR FINANZEN, STEUERN,
GESUNDHEIT UND SOZIALES FGS

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 04, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246

An die Mitglieder des Landrates

Stans, 21. Mai 2025

Verpflichtungskredit für das "eGov-Portal Basisdienstleistungen". Bericht der Kommission FGS

Sehr geehrter Herr Landratspräsident
Sehr geehrte Landrätinnen und Landräte

Die Kommission für Finanzen, Steuern, Gesundheit und Soziales (FGS) hat an der Sitzung vom 21. Juni 2025 in Anwesenheit von Finanzdirektorin Michèle Blöchliger und Stefan Müller, ILZ, den Antrag des Regierungsrates vom 15. April 2025 beraten. Sie erstattet dem Landrat gestützt auf Art. 20 des Landratsgesetzes den folgenden Bericht.

1 Ausgangslage

Mit Beschluss Nr. 248 vom 15. April 2025 beantragt der Regierungsrat dem Landrat die Bewilligung des Verpflichtungskredits "eGov-Portal Basisdienstleistungen" von jährlich brutto Fr. 987'000.00.

Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 236 vom 16. April 2024 die Roadmap verabschiedet und im Beschluss unter anderem das ILZ beauftragt, die notwendigen Schritte für die Initialisierung der Projekte, insbesondere den Bereich "Basis eGovernment", ins Budget 2025 sowie die Folgejahre aufzunehmen. Im Handlungsfeld "Kundenorientierung" wurde die Massnahme "NW-Plattform" definiert. Ziel dieser Massnahme ist es, die verschiedenen Dienstleistungen der öffentlichen Hand über einen einzigen Zugang anbieten zu können. Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Kanton Obwalden und den Gemeinden beider Kantone unter dem neuen Namen "eGov-Portal Basisdienstleistungen". Alle Gemeinden von Nidwalden haben dem Projekt zugestimmt. Ziel des Projekts ist die Einführung eines eGov-Portals Basisdienstleistungen für den Kanton, seine Gemeinden, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen als einheitliche Plattform (Single Point of Contact (SPOC) – zentraler, einheitlicher Einstiegspunkt). Sie stellt somit den ersten Schritt für den weiteren Ausbau mit Fachportalen dar, welche in Zukunft in das eGov-Portal Basisdienstleistungen integriert werden können.

2 Stellungnahme der Kommission FGS

Der Kommission für Finanzen, Steuern, Gesundheit und Soziales wurde im Rahmen der Beratung nachvollziehbar und begründet aufgezeigt, wofür der Verpflichtungskredit benötigt wird.

Einzelne Fragen konnten geklärt werden. Einige Kommissionsmitglieder wünschen sich, dass allfällige künftige Kosteneinsparungen sowie Effizienzgewinne aufgrund der Digitalisierung aufgezeigt werden. Weitere Diskussionen gab es in der Kommission nicht, diese unterstützt den Antrag des Regierungsrates einstimmig.

3 Antrag der Kommission FGS

Die Kommission für Finanzen, Steuern, Gesundheit und Soziales beantragt dem Landrat mit 10:0 Stimmen (keine Enthaltung) dem Verpflichtungskredit "eGov-Portal Basisdienstleistungen" zuzustimmen.

Freundliche Grüsse

KOMMISSION FÜR FINANZEN, STEUERN, GESUNDHEIT UND SOZIALES FGS



Roland Blättler
Präsident



Mlaw Melanie Rogger
Kommissionssekretärin